

No. 58549*

**Germany
and
Italy**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Italy concerning solidarity measures to safeguard the security of gas supply (with annexes). Berlin, 19 March 2024

Entry into force: 25 June 2024 by notification, in accordance with article 15(1)

Authentic texts: German and Italian

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 1 January 2025

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Allemagne
et
Italie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République italienne concernant des mesures de solidarité visant à sauvegarder la sécurité de l'approvisionnement en gaz (avec annexes). Berlin, 19 mars 2024

Entrée en vigueur : 25 juin 2024 par notification, conformément au paragraphe 1 de l'article 15

Textes authentiques : allemand et italien

Enregistrement au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : Allemagne, 1^{er} janvier 2025

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[TEXT IN GERMAN – TEXTE EN ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Italienischen Republik

über

Solidaritätsmaßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Italienischen Republik –

im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010, ABl. 280, 28.10.2017, S. 1, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2017/1938 und (EG) Nr. 715/2009 im Hinblick auf die Gasspeicherung, ABl. L 173 vom 30. Juni 2022, S. 17 (im Folgenden bezeichnet als Verordnung (EU) 2017/1938), insbesondere auf Artikel 13 dieser Verordnung,

in Kenntnis der Empfehlung (EU) 2018/177 der Europäischen Kommission vom 2. Februar 2018 zu den in die technischen, rechtlichen und finanziellen Regelungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für die Anwendung des Solidaritätsmechanismus nach Artikel 13 der Verordnung (EU) 2017/1938 aufzunehmenden Elementen,

von dem Wunsch geleitet, die Auswirkungen einer schwerwiegenden Notlage abzumildern und die Gasversorgung der durch Solidarität geschützten Kunden sicherzustellen,

in der Erwägung, dass Solidarität vonnöten ist, um die Gasversorgungssicherheit in der Europäischen Union zu gewährleisten,

auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses, wonach ein Ersuchen um Solidarität in der Regel nur dann erforderlich sein wird, wenn der Markt der ersuchenden Vertragspartei nicht mehr funktionsfähig ist und die angrenzenden Märkte insofern nicht mehr liquide sind, als die ersuchende Vertragspartei mit üblichen Mitteln des Marktes keine Gasmengen in den

angrenzenden Märkten mehr erwerben kann und Solidarität deshalb soweit und solange wie möglich durch freiwillige Maßnahmen geleistet wird, mit deren Hilfe es der um Solidarität ersuchenden Vertragspartei ermöglicht werden soll, den Bedarf zur Versorgung ihrer durch Solidarität geschützten Kunden mit Gas selbst über den Markt zu decken,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand und Geltungsbereich

(1) Mit diesem Abkommen werden nach Artikel 13 Absatz 10 Satz 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 in Verbindung mit dem jeweils geltenden innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien technische, rechtliche und finanzielle Regelungen zur Anwendung von Solidaritätsmaßnahmen vereinbart. Die Vertragsparteien ersuchen um Solidaritätsmaßnahmen als letztes Mittel in einem Notfall, in dem die Versorgung der durch Solidarität geschützten Kunden mit Gas durch eine Vertragspartei aus eigener Kraft nicht bewältigt werden kann.

(2) Im Solidaritätsfall ergreift die leistende Vertragspartei Solidaritätsmaßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet zur Versorgung der durch Solidarität geschützten Kunden im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei mit Gas.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

(1) Für die Zwecke dieses Abkommens gelten die Begriffsbestimmungen in:

1. Artikel 2 der Verordnung (EU) 2017/1938,

2. Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36),
 3. Artikel 3 der Verordnung (EU) 2017/459 der Europäischen Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 1),
 4. Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 312/2014 der Europäischen Kommission vom 26. März 2014 zur Festlegung eines Netzkodex für die Gasbilanzierung in Fernleitungsnetzen (ABl. L 91 vom 27.3.2014, S. 15),
 5. Artikel 2 der Verordnung (EU) 2015/703 der Europäischen Kommission vom 30. April 2015 zur Festlegung eines Netzkodex mit Vorschriften für die Interoperabilität und den Datenaustausch (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 13) und
 6. Artikel 2 der Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 94).
- (2) Darüber hinaus gelten für dieses Abkommen die folgenden Begriffsbestimmungen:
1. „Solidaritätsmaßnahmen“ bezeichnen erforderliche Maßnahmen im Hoheitsgebiet der leistenden Vertragspartei nach Artikel 13 der Verordnung (EU) 2017/1938, aufgrund derer die Gasversorgung anderer als der durch Solidarität geschützten Kunden in dem erforderlichen Maße und solange verringert oder ausgesetzt wird, wie die Gasversorgung der durch Solidarität geschützten Kunden der ersuchenden Vertragspartei nicht gewährleistet ist.

2. „Freiwillige Solidaritätsmaßnahmen“ bezeichnen die Aufforderungen an Marktteilnehmer im Hoheitsgebiet der leistenden Vertragspartei, auf vertraglicher Grundlage freiwillige Maßnahmen auf Angebots- und Nachfrageseite zur Bereitstellung von Gasmengen gegen Zahlung eines vertraglich festgelegten Preises zu ergreifen, die es der um Solidarität ersuchenden Vertragspartei ermöglichen sollen, den Bedarf zur Versorgung ihrer durch Solidarität geschützten Kunden mit Gas selbst über den Markt zu decken.
3. „Verpflichtende Solidaritätsmaßnahmen“ bezeichnen hoheitliche Maßnahmen auf Angebots- und Nachfrageseite, dargelegt in den nationalen Notfallplänen nach Artikel 10 der Verordnung (EU) 2017/1938, die von der leistenden Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet ergriffen werden, mit dem Ziel, zur Gasversorgung der durch Solidarität geschützten Kunden der ersuchenden Vertragspartei beizutragen.
4. „Ersuchende Vertragspartei“ bezeichnet die Vertragspartei, die im Rahmen eines Solidaritätsersuchens zur Abgabe von Solidaritätsangeboten auffordert.
5. „Leistende Vertragspartei“ bezeichnet die Vertragspartei, die Solidaritätsmaßnahmen ergreift.
6. „Solidaritätsersuchen“ bezeichnet die formelle Aufforderung der ersuchenden Vertragspartei an die leistende Vertragspartei zur Unterbreitung eines Solidaritätsangebots.
7. „Solidaritätsangebot“ bezeichnet die Aufstellung der verpflichtenden Solidaritätsmaßnahmen durch die leistende Vertragspartei, die gegen Zahlung einer Entschädigung ergriffen werden können.
8. „Angebote der Marktteilnehmer“ bezeichnen Vertragsangebote zur freiwilligen Bereitstellung von Gasmengen durch Marktteilnehmer.

9. „Annahmeerklärung“ bezeichnet eine schriftliche Äußerung, dass die ersuchende Vertragspartei das Solidaritätsangebot ganz oder, wo dies im Solidaritätsangebot vorgesehen ist, teilweise annimmt.
10. „Lieferpunkt“ bezeichnet einen von der ersuchenden Vertragspartei gewählten Grenzübergangspunkt oder mehrere solcher Punkte des nationalen Gastransportsystems der leistenden Vertragspartei, an dem das Gas das Hoheitsgebiet der leistenden Vertragspartei verlässt.
11. „Transportrisiko“ bezeichnet das Risiko, dass die durch Solidaritätsmaßnahmen verfügbar gemachten Gasmengen nicht zum Lieferpunkt oder vom Lieferpunkt zum Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei transportiert werden können, weil es nach Erstellung des Solidaritätsangebots zu netzbedingten oder vertraglichen Einschränkungen, zum Beispiel einer nachträglichen Änderung der Anmeldung über die innerhalb bestimmter Zeitspannen zu transportierenden Gasmengen von vorab kontrahierten Kapazitäten an den entsprechenden Grenzübergangspunkten gekommen ist und somit Kapazitätsengpässe entstehen.
12. „Notfall“ oder „Notfallstufe“ bezeichnet eine Krisensituation nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2017/1938.
13. „Koordinierungsgruppe „Gas“ bezeichnet das in Artikel 4 der Verordnung (EU) 2017/1938 genannte Gremium.
14. „Gastag“ bezeichnet den Zeitraum im Sinne des Artikels 3 Nummer 7 der Verordnung (EU) Nr. 984/2013, in dem die Solidaritätsmaßnahmen durchgeführt werden sollen.
15. „Liefertag“ bezeichnet den Zeitraum im Sinne des Artikels 3 Nummer 16 der Verordnung (EU) 2017/459, in dem die Solidaritätsmaßnahmen abgerufen werden sollen.

16. „Für die ersuchende Vertragspartei handelnder Dritter“ bezeichnet ein der leistenden Vertragspartei genanntes Unternehmen, das von der ersuchenden Vertragspartei damit beauftragt wurde, die Solidaritätsmaßnahmen im Einklang mit dem Regelungsrahmen der leistenden Vertragspartei zu bearbeiten, wie er mitunter angepasst wird und zum Zeitpunkt der Umsetzung der Solidaritätsmaßnahmen in Kraft ist.
17. „Gaswirtschaftlich notwendige Vorlaufzeiten“ bezeichnen die Vorlaufzeiten, die die Marktteilnehmer nach den jeweils aktuellen Bedingungen am Gasmarkt benötigen, um Gasmengen am Lieferpunkt zur Verfügung zu stellen.
18. „Eingang“ bezeichnet den Eintritt einer Erklärung in den Herrschaftsbereich der Vertragspartei, so dass er ohne Weiteres darauf zugreifen kann.
19. „Ausgleichspreis“ bezeichnet den Preis im Sinne von Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EU) 312/2014 vom 26. März 2014 zur Festlegung eines Netzkodex für die Gasbilanzierung in Fernleitungsnetzen.

Artikel 3

Solidaritätsersuchen

- (1) Das Solidaritätsersuchen setzt die Ausrufung einer Notfallstufe nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2017/1938 und die Zusicherung der ersuchenden Vertragspartei voraus, dass die Voraussetzungen nach Artikel 13 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2017/1938 zum Zeitpunkt der Einleitung der ersuchten Solidaritätsmaßnahmen erfüllt sind.
- (2) Die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei übermittelt unter Nutzung der in Artikel 11 dieses Abkommens genannten Kontaktdaten das Solidaritätsersuchen an die im

Mitgliedsverzeichnis der Koordinierungsgruppe „Gas“ aufgeführten Kontaktdaten der zuständigen Behörde der leistenden Vertragspartei. Nach der Übermittlung unterrichtet die ersuchende Vertragspartei unverzüglich die Europäische Kommission über die Übermittlung und den Inhalt des Solidaritätsersuchens. Die Unterrichtung nach Satz 2 diesen Absatzes zeigt die ersuchende Vertragspartei der leistenden Vertragspartei unverzüglich an.

(3) Die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei übermittelt das Solidaritätsersuchen an die zuständigen Behörden aller nach Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1938 mit der ersuchenden Vertragspartei direkt verbundenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die nach Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 mit der ersuchenden Vertragspartei über einen dritten Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, verbunden sind.

(4) Das Solidaritätsersuchen muss mindestens folgende Angaben beinhalten:

1. Kontaktdaten der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei,
2. Kontaktdaten des verantwortlichen Fernleitungsnetzbetreibers der ersuchenden Vertragspartei,
3. Kontaktdaten des für die ersuchende Vertragspartei handelnden Dritten,
4. Liefertag,
5. Gasmenge in Kilowattstunden pro Tag (kWh/T),
6. Lieferpunkt,
7. Zusicherung nach Absatz 1,

8. Erklärung, ob die nach der Durchführung freiwilliger Solidaritätsmaßnahmen durch die leistende Vertragspartei von Marktteilnehmern angebotenen Verträge unmittelbar durch die ersuchende Vertragspartei oder einen für die ersuchende Vertragspartei handelnden Dritten abgeschlossen werden sollen,
9. Zusicherung, dass Forderungen von Marktteilnehmern aus dem Abschluss von Verträgen mit für die ersuchende Vertragspartei handelnden Dritten durch staatliche Garantien der ersuchenden Vertragspartei abgesichert werden, und
10. Anerkennung der Verpflichtung der ersuchenden Vertragspartei, eine Entschädigung für die Solidarität nach den Regelungen dieses Abkommens und in Artikel 13 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2017/1938 zu zahlen.

(5) Sofern die Versorgungssicherheitslage es zulässt, muss das Solidaritätsersuchen mindestens 20 Stunden vor dem Beginn des Liefertags gestellt werden. Die leistende Vertragspartei bemüht sich, auch kurzfristigere Solidaritätsersuchen zu berücksichtigen, wenn die Krisensituation und die gaswirtschaftlich notwendigen Vorlaufzeiten zur Bereitstellung eines Solidaritätsangebots sowie die physischen Beschränkungen des Grenzübergangspunkts und dessen verfügbare Kapazität dies zulassen.

(6) Das Solidaritätsersuchen ist maximal auf den Gastag beschränkt, der dem Gastag des Ersuchens folgt. Weitere Solidaritätsersuchen für nachfolgende Gastage können unter Berücksichtigung der in Absatz 5 genannten Frist gestellt werden.

(7) Nach Eingang des Solidaritätsersuchens prüft die leistende Vertragspartei das Solidaritätsersuchen unverzüglich auf Fehler oder Unvollständigkeiten, die dessen ordnungsgemäße Beantwortung unmöglich machen könnten. Ergibt diese Prüfung Fehler oder Unvollständigkeiten des Solidaritätsersuchens, kontaktiert die zuständige Behörde der leistenden Vertragspartei die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei unverzüglich unter Nutzung der im Solidaritätsersuchen genannten Kontaktdaten und bittet um Nachbesserung des Solidaritätsersuchens.

(8) Die zuständige Behörde der leistenden Vertragspartei bestätigt der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei den Eingang des Solidaritätsersuchens innerhalb einer halben Stunde nach Eingang des Solidaritätsersuchens unter Nutzung der im Solidaritätsersuchen genannten Kontaktdaten. Hat die ersuchende Vertragspartei die Bestätigung nicht innerhalb einer halben Stunde nach Absendung des Solidaritätsersuchens erhalten, bemüht sie sich um eine Kontaktaufnahme mit der leistenden Vertragspartei unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel.

Artikel 4

Durchführung freiwilliger Solidaritätsmaßnahmen

(1) Nach dem Eingang des Solidaritätsersuchens führt die leistende Vertragspartei unverzüglich freiwillige Solidaritätsmaßnahmen durch, um der ersuchenden Vertragspartei den Abschluss von Verträgen mit Marktteilnehmern im Hoheitsgebiet der leistenden Vertragspartei zur Beschaffung der für die Versorgung ihrer durch Solidarität geschützten Kunden benötigten Gasmengen zu ermöglichen.

(2) Liegen nach der Durchführung freiwilliger Solidaritätsmaßnahmen durch die leistende Vertragspartei der ersuchenden Vertragspartei Angebote von Marktteilnehmern im Hoheitsgebiet der leistenden Vertragspartei vor, obliegt es der ersuchenden Vertragspartei, sich die ersuchten Gasmengen durch den Abschluss von Verträgen mit den von ihr ausgewählten Marktteilnehmern bis spätestens 14 Stunden vor Beginn des Liefertags und unter Berücksichtigung der gaswirtschaftlich notwendigen Vorlaufzeiten zu beschaffen. Die leistende Vertragspartei wird nicht Vertragspartner dieser Verträge und haftet unbeschadet Artikel 13 der Verordnung (EU) 2017/1938 auch nicht für ihre Erfüllung. Die Durchführung der freiwilligen Solidaritätsmaßnahmen durch die leistende Vertragspartei einschließlich der Überprüfung von Angeboten der Marktteilnehmer hinsichtlich Betrugs sowie Missbrauchs von Bilanzierungsregelungen und Marktmacht erfolgt im Einklang mit dem innerstaatlichen Rechtsrahmen der leistenden Vertragspartei.

(3) Die aus den nach Absatz 2 Satz 1 geschlossenen Verträgen entstehenden Forderungen der Marktteilnehmer sind durch staatliche Garantien der ersuchenden Vertragspartei abzusichern. Dies gilt nicht, wenn die ersuchende Vertragspartei selbst unmittelbarer Schuldner dieser Forderungen ist.

(4) Freiwillige Solidaritätsmaßnahmen erfolgen vorbehaltlich des technisch sicheren und verlässlichen Betriebs der Gas- und Elektrizitätsnetze der Vertragsparteien nach Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1938.

(5) Die ersuchende Vertragspartei stellt sicher, dass die für eine Übernahme der auf der Grundlage von Angeboten der Marktteilnehmer bereitgestellten Gasmengen am Lieferpunkt erforderlichen Transportkapazitäten gebucht werden. Ist der ersuchenden Vertragspartei eine Buchung von Transportkapazitäten nicht möglich, teilt sie dies der leistenden Vertragspartei unverzüglich unter Benennung der Gründe mit.

(6) Wenn die leistende Vertragspartei für die Durchführung freiwilliger Solidaritätsmaßnahmen eine Online-Plattform nutzt, erfolgt die Auswahl und Annahme der Angebote der Marktteilnehmer durch die ersuchende Vertragspartei oder einen für die ersuchende Vertragspartei handelnden Dritten über die Plattform. Die leistende Vertragspartei informiert die ersuchende Vertragspartei zeitnah über die Möglichkeiten des Zugangs zu und der Nutzung der Plattform.

Artikel 5

Durchführung verpflichtender Solidaritätsmaßnahmen

(1) Soweit die ersuchende Vertragspartei auch nach der Durchführung freiwilliger Solidaritätsmaßnahmen durch die leistende Vertragspartei ihren Gasbedarf für den im Solidaritätsersuchen angegebenen Lieferzeitraum nicht vollständig decken kann durch die Annahme aller verfügbaren Angebote der Marktteilnehmer

1. im Hoheitsgebiet der leistenden Vertragspartei,
2. in den Hoheitsgebieten der übrigen nach Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1938 mit der ersuchenden Vertragspartei direkt verbundenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und
3. anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die nach Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 mit der ersuchenden Vertragspartei über einen Drittstaat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, verbunden sind,

kann sie ein neues Solidaritätsersuchen bis 13 Stunden vor Beginn des Liefertags über die noch benötigte Gasmenge stellen; Artikel 3 gilt entsprechend. In diesem Fall gibt die leistende Vertragspartei bis zehn Stunden vor dem Beginn des Liefertags ein Solidaritätsangebot ab. Soweit die Fristen nach Artikel 3 Absatz 5 Satz 1 oder nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 nicht eingehalten werden können, erfolgt die Übermittlung des Solidaritätsangebots im Rahmen der gaswirtschaftlich notwendigen Vorlaufzeiten. Ist die leistende Vertragspartei innerhalb der in Satz 2 genannten Frist unter Berücksichtigung der gaswirtschaftlich notwendigen Vorlaufzeiten nicht in der Lage, ein Solidaritätsangebot zu unterbreiten, teilt sie dies der ersuchenden Vertragspartei unter Benennung der Gründe unverzüglich mit.

(2) Das Solidaritätsangebot der leistenden Vertragspartei muss mindestens folgende Angaben beinhalten:

1. Kontaktdaten der zuständigen Behörde der leistenden Vertragspartei,
2. Kontaktdaten des verantwortlichen Fernleitungsnetzbetreibers der leistenden Vertragspartei,
3. Kontaktdaten des für die leistende Vertragspartei handelnden Dritten,

4. Liefertag,
5. Gasmenge in kWh/T,
6. Lieferpunkt,
7. voraussichtliche Kosten der Solidaritätsmaßnahmen und
8. Empfängerdaten für Zahlungen nach Artikel 8 dieses Abkommens.

(3) Ein Solidaritätsangebot gibt die zum Zeitpunkt der Erstellung des Angebots potentiell verfügbaren Gasmengen einschließlich erforderlicher Transportleistungen zum Lieferpunkt an.

(4) Die im Solidaritätsangebot angegebenen Gasmengen können die von der ersuchenden Vertragspartei angeforderte Gasmenge unterschreiten.

(5) Sämtliche Solidaritätsangebote gelten

1. vorbehaltlich des technisch sicheren und verlässlichen Betriebs des Gasnetzes der leistenden Vertragspartei,
2. vorbehaltlich der Ausfuhrkapazität der Verbindungsleitungen zwischen den Vertragsparteien und
3. mit der Einschränkung, dass bei Annahme und Durchführung des Solidaritätsangebots die für die Versorgung der eigenen, durch Solidarität geschützten Kunden der leistenden Vertragspartei erforderliche Gasmenge uneingeschränkt verfügbar ist und nicht gefährdet wird.

(6) Nach dem Eingang des Solidaritätsangebots bestätigt die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei der zuständigen Behörde der leistenden Vertragspartei unverzüglich den Angebotseingang unter Nutzung der im Solidaritätsangebot genannten Kontaktdaten.

(7) Die Annahme des Solidaritätsangebots oder eines Teils dessen erfolgt durch die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei unter Nutzung der im Solidaritätsangebot genannten Kontaktdaten.

(8) Die Annahmeerklärung muss mindestens folgende Angaben beinhalten:

1. Kontaktdaten der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei,
2. Kontaktdaten des betreffenden Fernleitungsnetzbetreibers der leistenden Vertragspartei,
3. Kontaktdaten der zuständigen Marktgebietsverantwortlichen der leistenden Vertragspartei (sofern vorhanden),
4. Liefertag,
5. Gasmenge in kWh/T und
6. Lieferpunkt.

(9) Solidaritätsangebote nach Absatz 1 Satz 2 können nur bis sieben Stunden vor Beginn des Liefertags angenommen werden. Solidaritätsangebote nach Absatz 1 Satz 3 können nur innerhalb von zwei Stunden nach ihrem Eingang bei der ersuchenden Vertragspartei angenommen werden. Nicht fristgerecht angenommene Solidaritätsangebote verfallen.

(10) Mit dem Eingang der Annahmeerklärung der ersuchenden Vertragspartei bei der leistenden Vertragspartei gilt ein Vertrag zwischen den Vertragsparteien als zustande gekommen. Aufgrund dessen ist die leistende Vertragspartei verpflichtet, durch hoheitliche Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die angebotenen Gasmengen der ersuchenden Vertragspartei zur Verfügung gestellt und zum Lieferpunkt transportiert werden.

(11) Wenn die leistende Vertragspartei für die Durchführung verpflichtender Solidaritätsmaßnahmen eine Online-Plattform nutzt, erfolgt die Auswahl und Annahme der Angebote durch die ersuchende Vertragspartei oder einen für die ersuchende Vertragspartei handelnden Dritten über die Plattform. Nach dem Eingang des Solidaritätsersuchens informiert die leistende Vertragspartei die ersuchende Vertragspartei unverzüglich über die Möglichkeiten des Zugangs zur und der Nutzung der Plattform.

(12) Mit der Annahme des Solidaritätsangebots verpflichtet sich die ersuchende Vertragspartei zur Erfüllung der Entschädigungspflichten nach Artikel 13 Absätze 8 und 10 der Verordnung (EU) 2017/1938 sowie nach Artikel 8.

Artikel 6

Transport und Übernahme der Gasmengen bei der Durchführung verpflichtender Solidaritätsmaßnahmen

(1) Als übernommene Gasmenge gilt die gelieferte Gasmenge entsprechend der am Lieferpunkt jeweils geltenden Regelungen.

(2) Die genaue Bezeichnung der Lieferpunkte ergibt sich aus der aktuellen Gasnetzwerkkarte des Verbands Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas, die auf der Internetseite des Verbands veröffentlicht wird.

(3) Die leistende Vertragspartei trägt das Risiko für den Transport zum Lieferpunkt.

(4) Die ersuchende Vertragspartei trägt das Risiko für den Transport durch das Hoheitsgebiet eines anderen verbundenen EU-Mitgliedstaats oder eines Drittstaats.

(5) Die ersuchende Vertragspartei stellt sicher, dass die an den vereinbarten Lieferpunkten bereitgestellten Gasmengen übernommen werden.

(6) Unabhängig von der tatsächlichen Übernahme der für die ersuchende Vertragspartei bereitgestellten Gasmengen sind die Zahlungsverpflichtungen, die sich aus der Annahme des Solidaritätsangebots ergeben, durch die ersuchende Vertragspartei an die leistende Vertragspartei in voller Höhe zu leisten.

(7) Unbeschadet des Vorstehenden und für den Fall, dass nicht bereits ein entsprechendes operatives Verfahren in Kraft ist, verständigen sich die Vertragsparteien im Einklang mit Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 auf die Notwendigkeit relevante Drittländer einzubeziehen und gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um innerhalb von sechs Monaten zu einer funktionalen Vereinbarung über ein operatives Verfahren zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern (FNB) hinsichtlich des Transports an den Lieferpunkten zu kommen.

Artikel 7

Ende der Solidaritätsmaßnahmen

(1) Die Verpflichtung der leistenden Vertragspartei zur Durchführung von Solidaritätsmaßnahmen endet, wenn die Bedingungen des Artikels 5 Absatz 5 nicht erfüllt sind und soweit

1. die Europäische Kommission nach einem Prüfverfahren gemäß Artikel 11 Absatz 8 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2017/1938 zu dem Schluss gelangt, dass die Ausrufung des Notfalls nicht oder nicht mehr gerechtfertigt ist, oder

2. das Ende des Notfalls durch die ersuchende Vertragspartei ausgerufen wird und kein erneutes Solidaritätsersuchen gemäß Artikel 3 erfolgt.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nummern 1 und 2 endet die Solidaritätsmaßnahme zum Ende des jeweiligen Gastags, für den ein Solidaritätsersuchen gemäß Artikel 3 gestellt wurde. In dem Fall, dass die in Artikel 5 Absatz 5 genannten Bedingungen nicht länger erfüllt sind, hat die leistende Vertragspartei das Recht, nach Mitteilung an die ersuchende Vertragspartei die Solidaritätsmaßnahme unverzüglich zu beenden.

Artikel 8

Entschädigung für verpflichtende Solidaritätsmaßnahmen

(1) Die Entschädigung für die im Rahmen der verpflichtenden Solidaritätsmaßnahmen gelieferte Gasmenge nach Artikel 13 Absatz 8 Unterabsätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2017/1938 wird nach den Grundsätzen ermittelt, die von der leistenden Vertragspartei für die Berechnung für inländische Nutzer zugrunde gelegt werden. Sie ist unmittelbar von der ersuchenden Vertragspartei an die leistende Vertragspartei zu zahlen und umfasst in der Regel folgende Bestandteile:

1. Gaspreis

- a) Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als leistende Vertragspartei
 - der Gaspreis, der sich aus dem letzten verfügbaren Spotmarktpreis an der Börse errechnet.
 - Bei mehreren Börsen ergibt sich der Gaspreis aus dem arithmetischen Mittel der letzten verfügbaren Spotmarktpreise an allen Börsen, wie von der zustän-

digen Behörde der leistenden Vertragspartei festgelegt, für Gas der gelieferten Qualität, vor der Durchführung der jeweiligen verpflichtenden Solidaritätsmaßnahme.

- b) Für die Regierung der Italienischen Republik als leistende Vertragspartei der höchste Gaspreis von folgenden:
- der Ausgleichspreis, der für Nutzer mit einer Short-Position am Liefertag registriert wurde und
 - die Preise für die aktivierten Notfallmaßnahmen.

2. Folgende weitere Bestandteile

- a) Entschädigungen für Schäden, die den Wirtschaftszweigen der leistenden Vertragspartei entstanden sind, die von Lieferreduzierungen betroffen sind,
- b) Entschädigung für durch eine außergewöhnliche Nutzung verursachten technischen Schaden an Gasspeichereinrichtungen der liefernden Vertragspartei, die von der leistenden Vertragspartei auf der Grundlage der einschlägigen innerstaatlichen gesetzlichen Regelungen im Zusammenhang mit der Durchführung der jeweiligen verpflichtenden Solidaritätsmaßnahme zu zahlen ist,
- c) gegebenenfalls damit zusammenhängende gerichtliche und außergerichtliche Verfahrenskosten.

3. die Transportkosten zum Lieferpunkt.

Entschädigung für weitere Bestandteile nach Satz 2 Nummer 2 hat die ersuchende Vertragspartei nur zu zahlen, soweit die durch diese Entschädigung abgegoltenen Nachteile nicht bereits ausdrücklich Bestandteil des Gaspreises nach Satz 2 Nummer 1 sind.

(2) Die Ermittlung der Höhe der Entschädigung gemäß Absatz 1 erfolgt auf der Grundlage der einschlägigen gesetzlichen Regelungen der leistenden Vertragspartei. Die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens jeweils geltenden einschlägigen gesetzlichen Regelungen beider Vertragsparteien sind als Anlagen beigefügt. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, Änderungen dieser Regelungen der jeweils anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(3) Die im Solidaritätsangebot angegebenen voraussichtlichen Kosten der verpflichtenden Solidaritätsmaßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 Nummer 7 sind nicht abschließend. Die nach Artikel 13 Absatz 8 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2017/1938 und nach Artikel 8 Absatz 1 Nummer 2 ersatzfähigen Kosten können nach Beendigung der Solidaritätsmaßnahmen unter Vorlage entsprechender Nachweise nachgereicht werden, ohne an Fristen gebunden zu sein.

(4) Die Entschädigungspflicht bleibt bestehen, auch wenn sich nach Ergreifen der Solidaritätsmaßnahmen herausstellen sollte, dass das Ersuchen um Solidaritätsmaßnahmen nicht erforderlich war.

(5) Soweit die durch die ersuchende Vertragspartei geleistete Entschädigung für verpflichtende Solidaritätsmaßnahmen die tatsächlichen Kosten der verpflichtenden Solidaritätsmaßnahmen der leistenden Vertragspartei überschreitet, zahlt die leistende Vertragspartei die überschießende Entschädigungszahlung nach Abschluss aller administrativen, gerichtlichen oder ähnlichen Entschädigungsverfahren sowie aller Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit den betreffenden verpflichtenden Solidaritätsmaßnahmen in angemessener Frist an die ersuchende Vertragspartei zurück. Dies schließt nicht das Recht der leistenden Vertragspartei zur Nachforderung nach Absatz 3 aus. Artikel 6 Absatz 6 bleibt unberührt.

Artikel 9

Zahlungsmodalitäten, Rechnung und Fristen für die Entschädigung verpflichtender Solidaritätsmaßnahmen

- (1) Zahlungen werden innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der abschließenden Rechnung nach Absatz 4 oder nach Eingang der Zwischenrechnung nach Absatz 2 in voller Höhe fällig.
- (2) Die leistende Vertragspartei hat das Recht, eine Zwischenrechnung über die bereitgestellten Gasmengen zu stellen.
- (3) Zahlungen haben in Euro zu erfolgen.
- (4) Nach Beendigung der verpflichtenden Solidaritätsmaßnahmen verständigen sich die Vertragsparteien über die Notwendigkeit und den Zeitpunkt der Übermittlung der abschließenden Rechnung.
- (5) Verspätete Zahlungen werden ab dem Fälligkeitstermin einschließlich desselben bis ausschließlich des Zahltags zum Verzugszinssatz verzinst. Der Verzugszinssatz ist der Zinssatz in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank.
- (6) Die Kosten, die durch die Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden nach Artikel 8 Absatz 1 Satz 2 gedeckt; für den Haushalt der Italienischen Republik entstehen hieraus keine zusätzlichen Kosten.

Artikel 10
Einhaltung der Verpflichtungen

Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen auf innerstaatlicher Ebene und nehmen die erforderlichen Handlungen vor, um die Durchführung dieses Abkommens und die Einhaltung ihrer Verpflichtung zur Solidarität sicherzustellen.

Artikel 11
Kommunikationsdaten

(1) Die Kommunikation zwischen den Vertragsparteien erfolgt vorzugsweise zwischen den zuständigen Behörden. Die Kommunikation erfolgt angepasst an die Situation und im Geiste der Kooperation der Verordnung (EU) 2017/1938.

(2) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass Änderungen der Kontaktdaten der zuständigen Behörde im Mitgliedsverzeichnis der Koordinierungsgruppe „Gas“ aktualisiert werden und die jeweils andere Vertragspartei unverzüglich darüber informiert wird.

Artikel 12
Geltendes Recht

Dieses Abkommen wird in Übereinstimmung mit den deutschen und den italienischen Rechtsvorschriften, dem geltenden Völkerrecht und den Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik in der Europäischen Union angewandt.

Artikel 13 Beilegung von Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, einvernehmlich durch direkte Konsultationen und Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien im Geiste dieses Abkommens beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit nicht binnen sechs Monaten beigelegt werden, so ist jede Vertragspartei nach Artikel 273 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dazu berechtigt, den Europäischen Gerichtshof anzurufen. Die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs sind für die Vertragsparteien bindend.

(3) Stellt der Europäische Gerichtshof fest, dass eine Vertragspartei ihren Verpflichtungen aus diesem Abkommen nicht nachgekommen ist oder gegen dieses verstoßen hat, so trifft die betreffende Vertragspartei innerhalb einer vom Europäischen Gerichtshof zu bestimmenden Frist die erforderlichen Maßnahmen, die sich aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ergeben.

(4) Die Absätze 2 und 3 stellen einen Schiedsvertrag zwischen den Vertragsparteien im Sinne des Artikels 273 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dar.

Artikel 14 Kündigung

(1) Dieses Abkommen gilt auf unbestimmte Zeit.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei jederzeit schriftlich gekündigt werden. Es tritt sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, wobei ausstehende Verpflichtungen aus diesem Abkommen unberührt bleiben.

Artikel 15

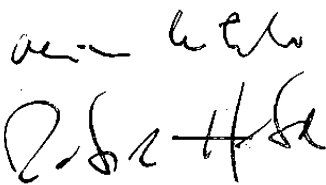
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

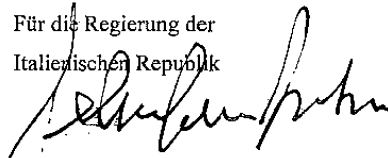
(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die Regierung der Italienischen Republik wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 19. März 2024 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Italienischen Republik



Anlage 1

zu Artikel 8 des

Abkommens

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Italienischen Republik

über

Solidaritätsmaßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung

Auszug aus dem Energiesicherungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3681), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 167) geändert worden ist:

[...] § 11 Entschädigung; Verordnungsermächtigung

(1) Wenn dies zur Sicherung der Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie oder zur Erfüllung der Verpflichtungen zu Solidaritätsmaßnahmen nach § 2a erforderlich ist, kann durch eine Rechtsverordnung nach den §§ 1, 2 und 2a Absatz 1, jeweils in Verbindung mit § 3 oder durch eine Maßnahme aufgrund einer Rechtsverordnung nach den §§ 1, 2 und 2a Absatz 1, jeweils in Verbindung mit § 4 oder § 7 durch Enteignung das Eigentum an Erdöl und Erdölerzeugnissen, an sonstigen festen, flüssigen und gasförmigen Energieträgern, an

elektrischer Energie und sonstigen Energien (Güter) oder an Produktionsmitteln der gewerblichen Wirtschaft, soweit diese Produktionsmittel der Versorgung mit elektrischer Energie und Erdgas dienen, auch zugunsten eines Dritten, entzogen werden. Satz 1 ist auch anzuwenden, soweit die Güter für nichtenergetische Zwecke bestimmt sind. Im Fall einer Enteignung nach Satz 1 ist eine Entschädigung in Geld zu leisten.

(2) Die Entschädigung wird gewährt für Vermögensnachteile, die unmittelbar durch die Enteignung entstehen.

(3) Vermögensvorteile, die dem Entschädigungsberechtigten infolge der Enteignung entstehen, sind bei der Festsetzung der Entschädigung mindernd zu berücksichtigen. Hat bei der Entstehung eines Vermögensnachteils ein Verschulden des Entschädigungsberechtigten mitgewirkt, so ist § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sinngemäß anzuwenden.

(4) Für die Bemessung der Entschädigung sind bei der Enteignung von Gütern im Sinne des Absatzes 1 maßgeblich die Erwerbs- oder Produktionskosten des Entschädigungsberechtigten zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der Produktion des enteigneten Guts zuzüglich der Kosten für die Finanzierung. Soweit das Gut nach Satz 1 aus einem Bestand enteignet wurde, der durch mehrere untrennbar zusammenhängende oder zusammengesetzte Erwerbsvorgänge erlangt wurde, sind als Maßstab die durchschnittlichen mengengewichteten Erwerbskosten heranzuziehen. Abweichend von Satz 1 ist der Verkehrswert maßgebend, wenn dies trotz des überragenden öffentlichen Interesses an der Sicherung der Energieversorgung nach § 1 oder an der Erfüllung der Verpflichtungen zu Solidaritätsmaßnahmen nach § 2a unter Abwägung der gegenseitigen Interessen im Einzelfall geboten ist; dies kann der Fall sein, wenn der Erwerb oder die Produktion nach Satz 1 so lange zurückliegen, dass ein Abstellen auf den Bemessungsmaßstab nach Satz 1 im Einzelfall unbillig wäre. Im Falle der Enteignung von Produktionsmitteln der gewerblichen Wirtschaft im Sinne des Absatzes 1 ist für die Bemessung der Entschädigung deren Verkehrswert maßgeblich. Soweit die Ermittlung der Bemessung nach den Sätzen 1 bis 4 die Mitwirkung des Entschädigungsberechtigten erfordert, ist dieser verpflichtet, die notwendigen Handlungen vorzunehmen.

(5) Zur Leistung der Entschädigung ist derjenige verpflichtet, der durch die Rechtsverordnung oder Maßnahme im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 begünstigt ist. Ist kein Begünstigter vorhanden, so hat der Bund die Entschädigung zu leisten, wenn die Enteignung durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde erfolgt ist; in den übrigen Fällen hat das Land die Entschädigung zu leisten, das die Maßnahme angeordnet hat. Kann die Entschädigung von demjenigen, der begünstigt ist, nicht erlangt werden, so haftet nach Maßgabe des Satzes 2 der Bund oder das Land; soweit der Bund oder das Land den Entschädigungsberechtigten befriedigt, geht dessen Anspruch gegen den Begünstigten auf den Bund oder das Land über. Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Entschädigungsberechtigten geltend gemacht werden.

(6) Ist die Enteignung durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde erfolgt, so wird die Entschädigung von dieser Behörde festgesetzt. In den übrigen Fällen wird die Entschädigung von den in § 4 Abs. 5 genannten Stellen festgesetzt.

(7) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Verjährung der Ansprüche nach Absatz 1, über das Verfahren der Festsetzung einer Entschädigung sowie über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte nach den Grundsätzen der §§ 34, 49 bis 63 und 65 des Bundesleistungsgesetzes zu erlassen. Dabei treten an die Stelle der Anforderungsbehörden die in Absatz 6 bezeichneten Stellen.

§ 11a Entschädigung für enteignete Gasspeichermengen

(1) Für eine Enteignung aufgrund einer nach Kapitel 1 dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung oder einer Maßnahme aufgrund einer nach Kapitel 1 dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung, durch die in Gasspeichern eingelagertes Gas entzogen wird, ist eine Entschädigung in Geld zu leisten.

(2) Entschädigungsberechtigt ist der Nutzer der Gasspeicheranlage, dessen Menge an eingespeichertem Gas entzogen wird.

(3) Entschädigungspflichtig ist der Bund.

(4) Maßstab für die Entschädigung ist der gemittelte mengengewichtete Durchschnittserwerbspreis des Nutzers der Gasspeicheranlage für das eingespeicherte Gas zuzüglich der Kosten für die Finanzierung und die Speicherung. Abweichend von Satz 1 steht dem Entschädigungsberechtigten eine Entschädigung in Höhe der tatsächlichen Ersatzbeschaffungskosten zu, sofern er nachweisen kann, dass er zur Einhaltung von bestehenden Lieferverpflichtungen Ersatzmengen bereitgestellt hat.

(5) Hat bei der Entstehung eines Vermögensnachteils ein Verschulden des Entschädigungsberechtigten mitgewirkt, so ist § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden.

(6) Der Entschädigungsberechtigte hat der zuständigen Behörde die für die Berechnung der Entschädigung nach Absatz 4 erforderlichen Nachweise vorzulegen. Der Betreiber einer Gasspeicheranlage ist hierbei zur Mitwirkung verpflichtet. Die zuständige Behörde kann Vorgaben zu Inhalt und Format der erforderlichen Nachweise machen. Ab Vorliegen der vollständigen Nachweise hat die zuständige Behörde innerhalb von 21 Tagen die Entschädigung festzusetzen. Im Übrigen sind § 11 Absatz 4 sowie die Vorschriften der Verordnung über das Verfahren zur Festsetzung von Entschädigung und Härteausgleich nach dem Energiesicherungsgesetz vom 16. September 1974 (BGBl. I S. 2330), die durch Artikel 24 des Gesetzes vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, mit Ausnahme der §§ 3, 4 Absatz 1 und § 5 der Verordnung über das Verfahren zur Festsetzung von Entschädigung und Härteausgleich nach dem Energiesicherungsgesetz entsprechend anzuwenden.

§ 12 Härteausgleich

(1) Wird durch eine Rechtsverordnung oder Maßnahme im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 dem Betroffenen ein Vermögensnachteil zugefügt, der nicht nach § 11 abzugelten ist, so ist eine Entschädigung in Geld zu gewähren, soweit seine wirtschaftliche Existenz durch unabwendbare Schäden gefährdet oder vernichtet ist oder die Entschädigung zur Abwendung oder zum Ausgleich ähnlicher unbilliger Härten geboten ist.

(2) Eine Entschädigung nach Absatz 1 ist regelmäßig geboten bei Maßnahmen aufgrund einer nach § 2a Absatz 1 erlassenen Rechtsverordnung.

(3) Zur Leistung der Entschädigung ist der Bund verpflichtet, wenn der Vermögensnachteil durch eine nach diesem Gesetz erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde zugefügt worden ist; in den übrigen Fällen ist die Entschädigung von dem Land zu leisten, das die Maßnahme angeordnet hat.

(4) § 11 Abs. 3, 6 und 7 ist entsprechend anzuwenden. [...]

Anlage 2

des Abkommens

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Italienischen Republik

über

Solidaritätsmaßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung

Auszug aus dem Integrierten Saldentext (Testo Integrato Del Bilanciamento, TIB), vom 18.02.2020, Anhang A, Artikel 5, veröffentlicht auf der Website der italienischen Regulierungsbehörde für Energie, Netzwerke und Umwelt (ARERA), <https://www.arera.it/allegati/docs/16/312-16tib.pdf>:

[...] Artikel 5 Ausgleichspreis

5.1 Für die Bestimmung der unter Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EU) 312/2014 genannten Ausgleichsenergiepreise gilt wie folgt:

- a) der Wert der kleinen Anpassung entspricht 0,108 Euro je Megawattstunde (€/MWh);

- b) der mengengewichtete Gasdurchschnittspreis entspricht dem System Average Price (SAP) oder dem Durchschnitt des SAP der vergangenen dreißig Tage sofern, bezogen auf einen Gastag, die auf der Handelsplattform für die Produkte mit Lieferort virtueller Handelspunkt angenommenen Angebote weniger als 2.000 MWh betragen;
- c) der im Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe a) Ziffer i der Verordnung genannte Preis entspricht dem [niedrigsten Preis aller Verkäufe von Produkten mit dem Lieferort virtueller Handelspunkt, an denen der Fernleitungsnetzbetreiber für den jeweiligen Gastag beteiligt ist] Transmission System Operator Price-sell (TSOPs);
- d) der im Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b) Ziffer i) der Verordnung genannte Preis entspricht dem [höchsten Preis aller Ankäufe von Produkten mit dem Lieferort virtueller Handelspunkt, an denen der Fernleitungsnetzbetreiber für den jeweiligen Gastag beteiligt ist] Transmission System Operator Price-buy (TSOPb).

5.2 Auf Vorschlag des Ausgleichsbeauftragten definiert die Behörde die Fälle und die Bedingungen, unter denen die Versorgung mit ortsabhängigen Produkten zu den Zwecken gemäß Absatz 2.3 Buchstabe e), Ziffer ii nicht als eine Versorgung entsprechend der Definition von TSOPs, TSOPb und SAP anzusehen ist, da eine solche Versorgung nicht erforderlich war.

5.3 Sollte der Ausgleichsbeauftragte an einem Gastag die vom eigenen Netzkodex bei Notfällen wegen Gasüberschusses vorgesehene Drosselung der Einspeisung in das Gas-transportnetz aktiviert haben, wird anstatt des Grenzverkaufspreises nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung ein Preis von 0 (Null) angewandt.

5.4 Sollten an einem Gastag zur Wahrung eines ausgeglichenen Gastransportnetzes diejenigen Nichtmarkt-Maßnahmen gemäß dem Notfallplan erforderlich gewesen sein, wird

an Stelle des Grenzankaufspreises nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung, falls höher, der höchste unter den von der Behörde für jedwede notwendig gewordene Maßnahme bestimmten Aktivierungspreise angewandt.

[TEXT IN ITALIAN – TEXTE EN ITALIEN]

Accordo

tra

il Governo della Repubblica Federale di Germania

e

il Governo della Repubblica Italiana

concernente

misure di solidarietà volte a garantire la sicurezza dell’approvvigionamento di gas

Il Governo della Repubblica Federale di Germania

e

il Governo della Repubblica Italiana,

di seguito denominate “le Parti Contraenti”,

Visto il Regolamento (UE) 2017/1938 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 25 ottobre 2017, concernente misure volte a garantire la sicurezza dell’approvvigionamento di gas e che abroga il Regolamento (UE) n. 994/2010, GU L 280 del 28 10 2017, pag. 1, modificato da ultimo dal Regolamento (UE) 2022/1032 del Parlamento Europeo e del Consiglio del 29 giugno 2022 che modifica i Regolamenti (UE) 2017/1938 e (CE) n. 715/2009 per quanto riguarda lo stoccaggio del gas, GU L 173, 30 6 2022, pag. 17, (di seguito denominato Regolamento (UE) 2017/1938), in particolare l’Articolo 13 di tale Regolamento,

Vista la Raccomandazione della Commissione europea (UE) 2018/177, del 2 febbraio 2018, sugli elementi da includere nelle modalità tecniche, giuridiche e finanziarie concordate fra gli Stati membri UE per l’applicazione del meccanismo di solidarietà ai sensi dell’Articolo 13 del Regolamento (UE) 2017/1938,

Desiderando mitigare gli effetti di una grave situazione di emergenza e salvaguardare l’approvvigionamento di gas ai clienti protetti nel quadro della solidarietà,

Considerando la solidarietà necessaria per salvaguardare la sicurezza dell’approvvigionarsi di gas nell’Unione europea,

Sulla base di un’intesa comune secondo cui una richiesta di solidarietà si rende necessaria generalmente solo se il mercato della Parte Contraente Richiedente non è più in grado di funzionare e i mercati vicini non sono più liquidi in misura tale per cui la Parte Contraente Richiedente non può utilizzare i mezzi consueti di mercato per l’acquisizione di volumi di gas sui mercati vicini e la solidarietà è pertanto fornita, nella misura e per il tempo possibile,

mediante l'attuazione di misure volontarie, destinate ad aiutare la Parte Contraente Richiedente ad approvvigionare del volume di gas necessario per i clienti protetti nel quadro della solidarietà sul mercato,

Hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

Oggetto e campo di applicazione

(1) Il presente Accordo definisce le modalità tecniche, giuridiche e finanziarie per l'applicazione delle misure di solidarietà ai sensi dell'Articolo 13, comma 10, periodo 2 del Regolamento (UE) 2017/1938 e della rispettiva legislazione nazionale vigente delle Parti Contraenti. Le Parti Contraenti chiedono l'applicazione di misure di solidarietà come ultima istanza in caso di emergenza qualora l'approvvigionamento di gas dei clienti protetti nel quadro della solidarietà non possa essere realizzato da una Parte Contraente senza assistenza.

(2) Nel quadro della solidarietà, la Parte Contraente Fornitrice adotta misure di solidarietà sul proprio territorio per l'approvvigionamento di gas ai clienti protetti nel quadro della solidarietà sul territorio della Parte Contraente Richiedente.

Articolo 2

Definizioni

(1) Ai fini del presente Accordo si applicano le definizioni utilizzate nelle seguenti disposizioni legislative:

1. l'Articolo 2 del Regolamento (UE) n. 2017/1938,

2. l'Articolo 2 del Regolamento (CE) n. 715/2009 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 13 luglio 2009, relativo alle condizioni di accesso alle reti di trasporto del gas naturale e che abroga il Regolamento (CE) n. 1775/2005 (GUE L 211 del 14 agosto 2009, pag. 36),
 3. l'Articolo 3 del Regolamento della Commissione europea (UE) 2017/459, del 16 marzo 2017, che istituisce un codice di rete relativo ai meccanismi di allocazione di capacità nei sistemi di trasporto del gas e abroga il Regolamento (UE) n. 984/2013 (GUE L 72 del 17 marzo 2017, p. 1),
 4. l'Articolo 3 del Regolamento della Commissione europea (UE) n. 312/2014, del 26 marzo 2014, che istituisce un Codice di rete relativo al bilanciamento del gas delle reti di trasporto (GUE L 91 del 27 marzo 2014, p. 15),
 5. l'Articolo 2 del Regolamento della Commissione europea (UE) 2015/703 del 30 aprile 2015, che istituisce un codice di rete in materia di norme di interoperabilità e di scambio dei dati (GUE L 113 del 1° maggio 2015, p. 13), e
 6. l'Articolo 2 della direttiva 2009/73/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 13 luglio 2009, relativa a norme comuni per il mercato interno del gas naturale e che abroga la direttiva 2003/55/CE (GUE L 211 del 14 agosto 2009, p. 94).
- (2) Facendo seguito a ciò, ai fini del presente Accordo si applicano le seguenti definizioni:
1. "Misure di solidarietà": le misure necessarie sul territorio della Parte Contraente Fornitrice, ai sensi dell'Articolo 13 del Regolamento (UE) 2017/1938, sulla base delle quali l'approvvigionamento di gas a clienti diversi dai clienti protetti nel quadro della solidarietà viene ridotto o sospeso nella misura necessaria e fintantoché non sia garantito l'approvvigionamento di gas ai clienti protetti nel quadro della solidarietà della Parte Contraente Richiedente.

2. “Misure Volontarie di solidarietà”: gli inviti ai partecipanti al mercato sul territorio della Parte Contraente Fornitrice ad adottare misure volontarie su base contrattuale, per l’offerta e la domanda, per l’approvvigionamento di volumi di gas dietro pagamento di un prezzo stabilito contrattualmente; che consentano alla Parte Contraente Richiedente di coprire il fabbisogno di gas dei propri clienti protetti nel quadro della solidarietà attraverso il mercato.
3. “Misure Obbligatorie di solidarietà”: le misure sovrane per l’offerta e la domanda, come specificato nel Piano d’Emergenza e ai sensi dell’Articolo 10 del Regolamento (EU) 2017/1938, adottate dalla Parte Contraente Fornitrice sul proprio territorio al fine di contribuire all’approvvigionamento di gas dei clienti protetti nel quadro della solidarietà della Parte Contraente Richiedente.
4. “Parte Contraente Richiedente”: la Parte Contraente che chiede offerte di solidarietà mediante una richiesta di solidarietà.
5. “Parte Contraente Fornitrice”: la Parte Contraente che fornisce misure di solidarietà.
6. “Richiesta di solidarietà”: la richiesta formale della Parte Contraente Richiedente alla Parte Contraente Fornitrice di un’offerta di solidarietà.
7. “Offerta di solidarietà”: l’insieme delle misure di solidarietà obbligatorie della Parte Contraente Fornitrice che possono essere attuate dietro pagamento di una compensazione.
8. “Offerte dei partecipanti al mercato”: le offerte di contratti da parte dei partecipanti al mercato per la fornitura volontaria di volumi di gas.
9. “Dichiarazione di accettazione”: la dichiarazione scritta con cui la Parte Contraente Richiedente accetta l’intera offerta di solidarietà o, qualora previsto nell’offerta di solidarietà, parte di essa.

10. “Punto di consegna”: uno o più punti di interconnessione transfrontalieri del sistema nazionale di trasporto del gas della Parte Contraente Fornitrice individuato dalla Parte Contraente Richiedente in cui il gas lascia il territorio della Parte Contraente Fornitrice.
11. “Rischio di trasporto”: il rischio che i volumi di gas resi disponibili nell’ambito delle misure di solidarietà non possano essere trasportati al punto di consegna o dal punto di consegna al territorio della Parte Contraente Richiedente perché, a seguito dell’offerta di solidarietà, si sono avute delle restrizioni tecniche alla rete o restrizioni contrattuali, ad esempio una rideterminazione di capacità precedentemente contratte nei rispettivi punti di interconnessione transfrontalieri e quindi si verifica una congestione.
12. “Emergenza” o “livello di emergenza”: una situazione di crisi ai sensi dell’Articolo 11, comma 1, lettera c) del Regolamento (UE) 2017/1938.
13. “Gruppo di coordinamento del gas”: l’organismo citato all’Articolo 4 del Regolamento (UE) 2017/1938.
14. “Giorno gas”: il periodo temporale definito ai sensi dell’Articolo 3, punto 7, del Regolamento (UE) n. 984/2013 in cui devono essere attuate le misure di solidarietà.
15. “Giorno di consegna”: il periodo temporale definito ai sensi dell’Articolo 3, comma 16 del Regolamento (UE) n. 2017/459 in cui devono essere utilizzate le misure di solidarietà.
16. “Terza parte che agisce per conto della Parte Contraente Richiedente”: una società designata dalla Parte Contraente Fornitrice incaricata dalla Parte Contraente Richiedente di elaborare le misure di solidarietà nel rispetto del quadro normativo della

Parte Contraente Fornitrice come modificato periodicamente e in vigore al momento dell'applicazione delle misure di solidarietà.

17. "Tempi tecnici necessari all'industria del gas": i tempi che i partecipanti al mercato richiedono sulla base delle effettive circostanze del mercato del gas per la fornitura di volumi di gas presso il punto di consegna.
18. "Ricezione": l'inserimento di una dichiarazione nel dominio della Parte Contraente a cui essa ha prontamente accesso.
19. "Prezzo di sbilancio": il prezzo ai sensi dell'Articolo 22, comma 2, del Regolamento (UE) 312/2014 del 26 marzo 2014 che istituisce un Codice di rete relativo al bilanciamento del gas nelle reti di trasporto.

Articolo 3

Richiesta di solidarietà

(1) La richiesta di solidarietà dipende dalla dichiarazione di un livello di emergenza ai sensi dell'Articolo 11, comma 1, lettera c) del Regolamento (UE) n. 2017/1938 e dalla garanzia a carico della Parte Contraente Richiedente che le condizioni preliminari di cui all'Articolo 13, comma 3 del Regolamento (UE) n. 2017/1938 siano soddisfatte al momento dell'inizio dell'attuazione delle misure di solidarietà richieste.

(2) L'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente trasmette, tramite le modalità di comunicazione di cui all'Articolo 11 del presente Accordo, la richiesta di solidarietà, utilizzando i recapiti dell'Autorità Competente della Parte Contraente Fornitrice inclusi nell'elenco dei membri del Gruppo di coordinamento del gas. Dopo la trasmissione della richiesta di solidarietà, la Parte Contraente Richiedente informa senza indugio la Commissione Europea relativamente alla trasmissione e al contenuto della richiesta di solidarietà. La

Parte Contraente Richiedente comunica tempestivamente alla Parte Contraente Fornitrice che essa ha fornito le informazioni ai sensi della seconda frase del presente comma.

(3) L'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente trasmette la richiesta di solidarietà alle Autorità Competenti di tutti gli Stati membri dell'Unione europea direttamente connessi alla Parte Contraente Richiedente ai sensi dell'Articolo 13, comma 1 del Regolamento (UE) 2017/1938 e alle Autorità Competenti degli altri Stati membri dell'Unione europea connessi allo Stato della Parte Contraente Richiedente, ai sensi dell'Articolo 13, comma 2 del Regolamento (UE) 2017/1938 tramite un Paese terzo che non è uno Stato membro dell'Unione europea.

(4) La richiesta di solidarietà deve contenere almeno i seguenti dati:

1. i recapiti dell'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente;
2. i recapiti del gestore del sistema di trasmissione della Parte Contraente Richiedente;
3. i recapiti della terza parte che agisce per conto della Parte Contraente Richiedente;
4. il giorno di consegna;
5. il volume di gas in kilowattora al giorno (kWh/g);
6. il punto di consegna;
7. la garanzia ai sensi del comma 1;
8. la dichiarazione che i contratti offerti dai partecipanti al mercato in seguito all'attuazione di misure volontarie per mezzo della Parte Contraente Fornitrice devono essere conclusi direttamente dalla Parte Contraente Richiedente o da una terza parte che agisce per conto della Parte Contraente Richiedente;

9. la garanzia che i crediti dei partecipanti al mercato derivanti dalla conclusione di contratti con terze parti che agiscono per conto della Parte Contraente Richiedente siano accompagnati da garanzie statali a carico della Parte Contraente Richiedente;
e

10. il riconoscimento dell'obbligo della Parte Contraente Richiedente di pagare una compensazione per la solidarietà in conformità con le disposizioni del presente Accordo e dell'Articolo 13, comma 8 del Regolamento (UE) 2017/1938.

(5) Nella misura in cui la situazione relativa alla sicurezza dell'approvvigionamento lo consenta, la richiesta di solidarietà deve essere presentata almeno venti (20) ore prima dell'inizio del giorno di consegna. La Parte Contraente Fornitrice si adopera per rispondere anche alle richieste di solidarietà presentate con un preavviso più breve qualora la situazione di crisi e i tempi tecnici necessari all'industria del gas per presentare un'offerta di solidarietà, nonché il limite fisico del punto di interconnessione transfrontaliero e la sua capacità disponibile lo consentano.

(6) La richiesta di solidarietà è limitata al massimo al giorno gas che segue il giorno gas della richiesta. Tenendo conto delle scadenze riportate nel comma 5 del presente Articolo è possibile presentare ulteriori richieste di solidarietà per i giorni gas successivi.

(7) Dopo aver ricevuto la richiesta di solidarietà, la Parte Contraente Fornitrice esamina tempestivamente la richiesta di solidarietà per individuare errori o omissioni che potrebbero rendere impossibile una risposta lineare alla richiesta di solidarietà. In caso di errori od omissioni nella richiesta di solidarietà l'Autorità Competente della Parte Contraente Fornitrice contatta senza indugio l'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente utilizzando i recapiti specificati nella richiesta di solidarietà e chiedendo di rettificare la richiesta di solidarietà.

(8) L'Autorità Competente della Parte Contraente Fornitrice conferma il ricevimento della richiesta di solidarietà all'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente entro mezz'ora dal ricevimento della richiesta di solidarietà, utilizzando i recapiti specificati nella stessa. Nel caso in cui la Parte Contraente Richiedente non abbia ricevuto conferma di ricevimento della richiesta di solidarietà entro mezz'ora dall'invio della richiesta di solidarietà, essa si adopera per entrare in contatto con la Parte Contraente Fornitrice utilizzando tutti i mezzi di comunicazione disponibili.

Articolo 4

Attuazione di misure volontarie di solidarietà

(1) In seguito alla ricezione della richiesta di solidarietà, la Parte Contraente Fornitrice attua senza indugio misure volontarie di solidarietà per consentire alla Parte Contraente Richiedente di concludere contratti con i partecipanti al mercato sul territorio della Parte Contraente Fornitrice al fine di ottenere i volumi di gas necessari per la fornitura dei propri clienti protetti nel quadro della solidarietà.

(2) Qualora, in seguito all'attuazione di misure volontarie di solidarietà da parte della Parte Contraente Fornitrice, la Parte Contraente Richiedente abbia ricevuto offerte dai partecipanti al mercato sul territorio della Parte Contraente Fornitrice, la Parte Contraente Richiedente è responsabile dell'approvvigionamento dei volumi di gas richiesti mediante la stipula di contratti con i partecipanti al mercato selezionati dalla Parte Contraente Richiedente entro quattordici (14) ore prima dell'inizio del giorno di consegna e tenendo conto dei tempi tecnici necessari all'industria del gas. La Parte Contraente Fornitrice non è da considerarsi partner contrattuale di tali contratti e non è responsabile della loro esecuzione, fatto salvo quanto previsto dall'Articolo 13 del Regolamento (UE) 2017/1938. L'attuazione delle misure volontarie di solidarietà ad opera della Parte Contraente Fornitrice, compreso il controllo delle offerte dei partecipanti al mercato al fine di evitare frodi e abusi relativamente alle regole di bilanciamento e al potere di mercato, deve essere conforme al quadro giuridico nazionale della Parte Contraente Fornitrice.

(3) I crediti dei partecipanti al mercato derivanti dai contratti conclusi in conformità al comma 2 del presente Articolo, sono supportati da garanzie statali della Parte Contraente Richiedente. Ciò non si applica se la Parte Contraente Richiedente è essa stessa un debitore diretto di tali crediti.

(4) L'attuazione di misure volontarie di solidarietà non pregiudica l'operatività e la sicurezza dei sistemi del gas e dell'elettricità delle Parti Contraenti come previsto dall'Articolo 13, comma 1, del Regolamento (UE) 2017/1938.

(5) La Parte Contraente Richiedente provvede affinché siano prenotate le capacità di trasporto necessarie al punto di consegna per la partenza dei volumi di gas forniti in base alle offerte dei partecipanti al mercato. Se la Parte Contraente Richiedente non è in grado di prenotare tali capacità di trasporto, ne informa tempestivamente la Parte Contraente Fornitrice, citandone i motivi.

(6) Se la Parte Contraente Fornitrice utilizza una piattaforma online per l'attuazione di misure volontarie di solidarietà, la Parte Contraente Richiedente o una terza parte che agisce per conto della Parte Contraente Richiedente seleziona e accetta le offerte dei partecipanti al mercato attraverso la piattaforma. La Parte Contraente Fornitrice condivide a tempo debito le modalità di accesso e di utilizzo della piattaforma con la Parte Contraente Richiedente.

Articolo 5

Attuazione di misure di solidarietà obbligatorie

(1) Nella misura in cui la Parte Contraente Richiedente non riesce a coprire integralmente il proprio fabbisogno di gas anche dopo l'attuazione delle misure volontarie di solidarietà da parte della Parte Contraente Fornitrice per il periodo di fornitura specificato nella richiesta di Solidarietà, accettando tutte le offerte disponibili dei partecipanti al mercato

1. nel territorio della Parte Contraente Fornitrice,
2. nei territori degli altri Stati membri dell'Unione Europea che sono direttamente collegati alla Parte Contraente Richiedente ai sensi dell'articolo 13 comma 1 del Regolamento (UE) 2017/1938 e
3. altri Stati membri dell'Unione Europea che sono collegati alla Parte Contraente richiedente ai sensi dell'articolo 13 comma 2 del Regolamento (UE) 2017/1938 attraverso un Paese terzo, che non è membro dell'Unione Europea,

potrà effettuare una nuova richiesta di solidarietà al più tardi tredici (13) ore prima dell'inizio del giorno di consegna per il volume di gas ancora necessario; l'Articolo 3 del presente Accordo si applica *mutatis mutandis*.

In tal caso, la Parte Contraente Fornitrice dovrà formulare un'offerta di solidarietà al più tardi dieci (10) ore prima dell'inizio del giorno di consegna. Qualora non siano rispettati i termini di cui all'Articolo 3, comma 5, prima frase del presente Accordo o all'Articolo 5, comma 1, prima frase, del presente Accordo, la trasmissione dell'offerta di solidarietà avverrà nei tempi necessari all'industria del gas. Qualora la Parte Contraente Fornitrice non sia in grado di presentare un'Offerta di Solidarietà entro il termine di cui alla seconda frase del presente comma, tenuto conto dei tempi necessari all'industria del gas, ne informa senza indugio la Parte Contraente Richiedente, indicandone le ragioni.

(2) L'offerta di solidarietà della Parte Contraente Fornitrice deve contenere almeno i seguenti dati:

1. i recapiti dell'Autorità Competente della Parte Contraente Fornitrice;
2. i recapiti del gestore del sistema di trasmissione competente della Parte Contraente Fornitrice;
3. i recapiti della parte terza che agisce per conto della Parte Contraente Fornitrice;

4. il giorno di consegna;
5. il volume di gas in kilowattora al giorno (kWh/g);
6. il punto di consegna;
7. i costi probabili delle misure di solidarietà; e
8. i dati dei destinatari dei pagamenti ai sensi dell'Articolo 8 del presente Accordo.

(3) Un'offerta di solidarietà deve contenere i volumi di gas potenzialmente disponibili, compresi i servizi di trasporto necessari al punto di consegna, al momento della formulazione dell'offerta di solidarietà.

(4) I volumi di gas contenuti nell'offerta di solidarietà possono essere inferiori al volume di gas richiesto dalla Parte Contraente Richiedente.

(5) Tutte le offerte di solidarietà sono attuabili a condizione che

1. il funzionamento del sistema del gas della Parte Contraente Fornitrice sia tecnicamente sicuro e affidabile,
2. la capacità di esportazione degli interconnettori tra le Parti Contraenti sia adeguata, e
3. fatte salve le riserve che, al momento dell'accettazione e attuazione di un'offerta di solidarietà, il volume di gas necessario per la fornitura dei clienti protetti nel quadro della solidarietà della Parte Contraente Fornitrice sia pienamente disponibile e non compromesso.

(6) Dopo aver ricevuto l'offerta di solidarietà, l'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente conferma senza indugio la ricezione dell'offerta all'Autorità Competente della Parte Contraente Fornitrice utilizzando i recapiti specificati nell'offerta di solidarietà.

(7) L'accettazione dell'offerta di solidarietà, o di parte di essa, è a carico dell'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente che la comunica utilizzando i recapiti specificati nell'offerta di solidarietà.

(8) La dichiarazione di accettazione deve contenere almeno i seguenti dati:

1. i recapiti dell'Autorità Competente della Parte Contraente Richiedente;
2. i recapiti del gestore del sistema di trasmissione competente della Parte Contraente Fornitrice;
3. i recapiti dei responsabili competenti della zona di mercato della Parte Contraente Fornitrice, se disponibili;
4. il giorno di consegna;
5. il volume di gas in kilowattora al giorno (kWh/g);
6. il punto di consegna.

(9) Le offerte di solidarietà ai sensi del comma 1, periodo 2, possono essere accettate esclusivamente non oltre sette (7) ore prima dell'inizio del giorno di consegna. Le offerte di solidarietà ai sensi del comma 1, periodo 3 del presente Articolo, possono essere accettate esclusivamente entro due (2) ore dalla ricezione dalla Parte Contraente Richiedente. Le offerte di solidarietà scadono se non accettate entro tale termine.

(10) Un contratto tra la Parte Contraente Richiedente e quella Fornitrice s'intende concluso quando la Parte Contraente Fornitrice riceve la dichiarazione di accettazione della Parte Contraente Richiedente. Sulla base di essa la Parte Contraente Fornitrice è obbligata all'adozione di misure sovrane per garantire che i volumi di gas offerti siano resi disponibili alla Parte Contraente Richiedente e trasportati al punto di consegna.

(11) Se la Parte Contraente Fornitrice utilizza una piattaforma online per l'attuazione di misure di solidarietà obbligatorie, la Parte Contraente Richiedente o una terza parte che agisce per conto della Parte Contraente Richiedente seleziona e accetta le offerte tramite tale piattaforma. Dopo aver ricevuto la richiesta di solidarietà, la Parte Contraente Fornitrice dà tempestivamente istruzioni alla Parte Contraente Richiedente sulle modalità di accesso e di utilizzo della piattaforma.

(12) Accettando l'offerta di solidarietà, la Parte Contraente Richiedente si impegna a rispettare gli obblighi di compensazione di cui all'Articolo 13, commi 8 e 10 del Regolamento (UE) 2017/1938 e all'Articolo 8 del presente Accordo.

Articolo 6

Trasporto e prelievo dei volumi di gas nell'attuazione di misure di solidarietà obbligatorie

(1) Il volume di gas prelevato corrisponde al volume di gas *f* allocato, in conformità con le disposizioni in vigore al punto di consegna.

(2) L'individuazione esatta dei punti di consegna deve essere riportata sulla mappa corrente delle capacità di trasmissione della Rete europea dei gestori dei sistemi di trasmissione del gas, pubblicata sul suo sito web.

(3) La Parte Contraente Fornitrice ha l'onere del rischio di trasporto al punto di consegna.

(4) La Parte Contraente Richiedente ha l'onere del rischio di trasporto attraverso il territorio di un altro Stato membro interconnesso o di un Paese terzo.

(5) La Parte Contraente Richiedente provvede affinché siano ritirati i volumi di gas forniti nei punti di consegna concordati.

(6) Indipendentemente dal ritiro effettivo dei volumi di gas forniti alla Parte Contraente Richiedente in linea con l'accettazione dell'offerta di solidarietà, gli obblighi di pagamento da essa derivanti devono essere interamente soddisfatti dalla Parte Contraente Richiedente nei confronti della Parte Contraente Fornitrice.

(7) Fermo restando quanto sopra, ai sensi dell'Articolo 13, comma 2, del Regolamento (UE) 2017/1938, le Parti Contraenti concordano sulla necessità di coinvolgere i Paesi terzi interessati e di intraprendere congiuntamente tutte le azioni necessarie per finalizzare un accordo funzionale ad una procedura operativa tra gli Operatori dei Sistemi di Trasporto (TSO) in materia di trasporto ai punti di consegna entro sei (6) mesi, nel caso in cui non sia già in vigore una procedura operativa in materia.

Articolo 7

Termine delle misure di solidarietà

(1) L'obbligo della Parte Contraente Fornitrice di attuare le misure di solidarietà termina alle condizioni di cui all'Articolo 5, comma 5, del presente Accordo e quando

1. la Commissione europea constata, in seguito ad una procedura di verifica ai sensi dell'Articolo 11, comma 8, punto 1 del Regolamento (UE) 2017/1938, che la dichiarazione di emergenza non è giustificata o non è lo è più, o

2. la fine dell'emergenza è dichiarata dalla Parte Contraente Richiedente e non viene presentata nessuna richiesta di rinnovo di solidarietà ai sensi dell'Articolo 3 del presente Accordo.

(2) Nei casi di cui al comma 1, punto 1) e 2) del presente Articolo, la misura di solidarietà termina alla fine del rispettivo giorno gas per il quale è stata presentata una richiesta di solidarietà a norma dell'Articolo 3 del presente Accordo. Nel caso in cui le condizioni di cui all'Articolo 5, comma 5, non sono più riscontrate, la Parte Contraente Fornitrice ha il diritto di porre fine tempestivamente alla misura di solidarietà una volta informata la Parte Contraente Richiedente.

Articolo 8

Compensazione per misure di solidarietà obbligatorie

(1) La compensazione per il volume di gas erogato nell'ambito delle misure di solidarietà obbligatorie di cui all'Articolo 13, comma 8, punti 1 e 2 del Regolamento (UE) n. 2017/1938 è determinato secondo i principi applicati dalla Parte Contraente Fornitrice per l'addebito agli utenti nazionali. Sarà pagato direttamente dalla Parte Contraente Richiedente alla Parte Contraente Fornitrice e comprende in generale:

1. Il prezzo del gas

- a) Nel caso in cui il Governo della Repubblica Federale della Germania sia la Parte Contraente Fornitrice:

- Il prezzo del gas sulla base dell'ultimo prezzo a pronti disponibile sulla piattaforma di scambio;

- In caso di esistenza di più scambi, il prezzo del gas è ricavato dalla media aritmetica degli ultimi prezzi disponibili sul mercato per tutti gli scambi, secondo quanto stabilito dall'Autorità Competente della Parte Contraente Fornitrice, per il gas di qualità pari a quella del gas fornito prima dell'attuazione della rispettiva misura di solidarietà obbligatoria.
- b) Nel caso in cui il Governo della Repubblica Italiana sia la Parte Contraente Fornitrice:
- il prezzo del gas più elevato tra:
- il prezzo di sbilanciamento (imbalance price) registrato nel giorno di consegna per gli utenti con vendita allo scoperto (short position); e
 - i prezzi delle misure di emergenza che sono state attuate.
2. Le seguenti componenti aggiuntive:
- a) La compensazione dei danni ai settori economici interessati della Parte Contraente Fornitrice colpiti da riduzioni dell'offerta;
 - b) La compensazione per i danni tecnici agli impianti di stoccaggio del gas della Parte Contraente Fornitrice causati da un uso straordinario che la Parte Contraente Fornitrice deve pagare in base alle leggi e ai regolamenti nazionali pertinenti nell'ambito dell'attuazione della rispettiva misura di solidarietà obbligatoria;
 - c) Se del caso, eventuali spese di procedura non giudiziarie e giudiziarie collegate.
3. I costi di trasporto al punto di consegna.

La Parte Contraente Richiedente deve versare una compensazione ai sensi della seconda frase, numero 2 di questo comma, solo nella misura in cui gli svantaggi sanati da tale compensazione non siano già una componente esplicita del prezzo del gas ai sensi della seconda frase, numero 1 di questo comma.

(2) La determinazione dell'importo dell'compensazione ai sensi del comma 1 del presente Articolo è effettuata sulla base delle disposizioni legislative e regolamentari della Parte Contraente Fornitrice. Le leggi e i regolamenti di entrambe le Parti Contraenti in vigore al momento della stipula del presente Accordo sono acclusi come allegato. Ciascuna Parte Contraente è tenuta ad informare senza indugio l'altra Parte Contraente di eventuali modifiche di queste leggi e di questi regolamenti.

(3) I costi previsti indicati nell'offerta di solidarietà per le misure di solidarietà obbligatorie di cui all'Articolo 5, comma 2, punto 7 non sono esaustivi. Le spese rimborsabili ai sensi dell'Articolo 13, comma 8, punto 1, lettera c) del Regolamento (UE) n. 2017/1938 e dell'Articolo 8, comma 1, punto 2 del presente Articolo possono essere presentate con la documentazione corrispondente al termine delle misure di solidarietà e non sono soggette a scadenza.

(4) L'obbligo di pagare la compensazione continua a sussistere anche se, in seguito all'adozione delle misure di solidarietà, dovesse risultare superflua la richiesta di misure di solidarietà.

(5) Qualora la compensazione versato dalla Parte Contraente Richiedente per le misure di solidarietà obbligatorie superi i costi effettivi di dette misure di solidarietà obbligatorie della Parte Contraente Fornitrice, quest'ultima pagherà la parte in eccesso alla Parte Contraente Richiedente entro un termine adeguato dopo la conclusione di tutte le procedure amministrative, giudiziarie o simili procedure di compensazione e di tutte le procedure arbitrali relative alle rispettive misure di solidarietà obbligatorie. Ciò non esclude il diritto della Parte Contraente Fornitrice di presentare ulteriori richieste ai sensi del comma 3 di questo Articolo. Quanto previsto in questo Articolo non pregiudica le previsioni all'Articolo 6, comma 6 del presente Accordo.

Articolo 9

Modalità di pagamento, fatturazione e scadenze per la compensazione delle misure di solidarietà obbligatorie

- (1) I pagamenti devono essere interamente esigibili entro trenta (30) giorni di calendario dalla ricezione della fattura finale ai sensi del comma 4 del presente Articolo o dalla ricezione della fattura provvisoria ai sensi del comma 2 del presente Articolo.
- (2) la Parte Contraente Fornitrice ha il diritto di presentare una fattura provvisoria per i volumi di gas forniti.
- (3) I pagamenti devono essere effettuati in euro.
- (4) Al termine delle misure di solidarietà obbligatorie, le Parti Contraenti convengono sulla necessità e sul momento della trasmissione della fattura finale.
- (5) I pagamenti ritardati sono soggetti al pagamento di interessi dalla data di scadenza inclusa fino al giorno del pagamento al tasso di interesse di default, escludendo il giorno del pagamento. Qui, il “tasso di interesse di default” è il tasso di interesse di cinque (5) punti percentuali al di sopra del tasso di base della Banca centrale europea.
- (6) Le spese derivanti dall’attuazione del presente Accordo sono coperte ai sensi dell’Articolo 8, comma 1, periodo 2 di questo Accordo, per la Parte italiana senza alcun costo aggiuntivo per il bilancio dello Stato della Repubblica Italiana.

Articolo 10

Conformità

Le Parti Contraenti adottano tutte le misure necessarie a livello nazionale per garantire l'attuazione di questo Accordo e intraprendono le azioni necessarie per garantire il rispetto dei loro obblighi di solidarietà ai sensi dell'Accordo stesso.

Articolo 11

Comunicazione

(1) La comunicazione tra le Parti Contraenti avviene principalmente tra le rispettive Autorità Competenti. La comunicazione potrà avvenire compatibilmente con la situazione contingente considerato lo spirito di collaborazione richiesto dal Regolamento (UE) 2017/1938.

(2) Le Parti Contraenti garantiscono che, in caso di modifica dei recapiti della rispettiva Autorità Competente, i recapiti contenuti nell'elenco dei membri del Gruppo di coordinamento del gas siano aggiornati e l'altra Parte Contraente ne sia informata senza indugio.

Articolo 12

Diritto applicabile

Il presente Accordo viene attuato in conformità alla legislazione italiana e tedesca, nonché al diritto internazionale applicabile e agli obblighi derivanti dall'appartenenza della Germania e dell'Italia all'Unione europea.

Articolo 13

Risoluzione delle controversie

(1) Le controversie relative all'interpretazione o all'applicazione del presente Accordo sono risolte, per quanto possibile, attraverso dirette consultazioni e negoziazioni tra le Parti Contraenti, in buona fede e nello spirito del presente Accordo.

(2) Qualora una controversia non possa essere risolta entro sei (6) mesi, ciascuna Parte Contraente può ricorrere alla Corte di giustizia dell'Unione europea ai sensi dell'Articolo 273 del Trattato sul Funzionamento dell'Unione Europea (TFUE). Le decisioni della Corte di Giustizia dell'Unione europea sono vincolanti per le Parti.

(3) Qualora la Corte di Giustizia dell'Unione europea constati che una Parte Contraente è venuta meno agli obblighi derivanti dal presente Accordo o lo ha violato, detta Parte Contraente adotta le misure necessarie derivanti dalla decisione della Corte di Giustizia dell'Unione europea entro un termine da essa stabilito.

(4) I commi 2 e 3 del presente Articolo rappresentano un accordo di arbitrato tra le Parti contraenti ai sensi dell'Articolo 273 del Trattato sul Funzionamento dell'Unione Europea (TFUE).

Articolo 14

Cessazione

(1) Il presente Accordo è valido per un periodo di tempo indefinito.

(2) Ciascuna Parte può porre termine al presente Accordo in qualsiasi momento notificando all'altra Parte Contraente la propria intenzione sei (6) mesi prima della data di scadenza prevista. La risoluzione del presente Accordo non pregiudica eventuali obblighi pendenti ai sensi del Accordo stesso.

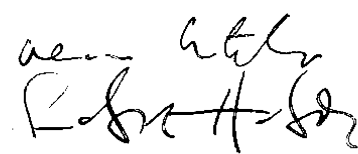
Articolo 15
Entrata in vigore

(1) Il presente Accordo entra in vigore alla data in cui le Parti si saranno reciprocamente informate che le procedure nazionali per l'entrata in vigore sono state completate. La data rilevante sarà il giorno di ricezione dell'ultima delle due comunicazioni.

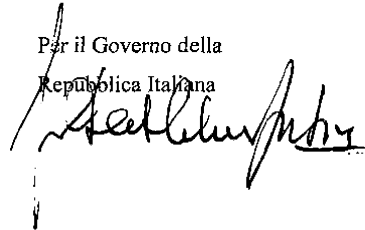
(2) La registrazione del presente Accordo presso il Segretariato delle Nazioni Unite, in conformità con l'Articolo 102 della Carta delle Nazioni Unite, è avviata dal Governo della Repubblica Federale di Germania immediatamente dopo la sua entrata in vigore. Il Governo della Repubblica Italiana sarà informato della registrazione e del numero di registrazione delle Nazioni Unite non appena essa sarà confermata dal Segretariato.

Fatto a Berlino il 19 marzo 2024 in due originali nelle lingue italiana e tedesca, tutti i testi facenti ugualmente fede.

Per il Governo della
Repubblica Federale di Germania



Per il Governo della
Repubblica Italiana



Allegato 1
relativo all'Articolo 8

dell'Accordo

tra

il Governo della Repubblica Federale di Germania

e

il Governo della Repubblica Italiana

concernente

misure di solidarietà volte a garantire la sicurezza dell'approvvigionamento di gas

Estratto della Legge sulla garanzia dell'approvvigionamento energetico della Repubblica Federale di Germania del 20 dicembre 1974 (Gazzetta ufficiale federale I pag. 3681), modificata da ultimo dall'articolo 1 della Legge del 23 giugno 2023 (Gazzetta ufficiale federale 2023 I pag. 167):

[...] § 11 Indennità di espropriazione; potere regolamentare

(1) La proprietà di petrolio greggio e prodotti petroliferi, di altre fonti energetiche solide, liquide e gassose, di energia elettrica e di altre tipologie di energia (beni) o di mezzi di produzione dell'economia industriale, nella misura in cui tali mezzi di produzione servano alla fornitura di energia elettrica e di gas naturale, anche a beneficio di terzi, può essere espropriata con un decreto ai sensi dei paragrafi 1, 2 e 2a comma 1, rispettivamente in combinato disposto con il paragrafo 3, o con un provvedimento basato su un decreto ai sensi dei para-

grafi 1, 2 e 2a comma 1, rispettivamente in combinato disposto con il paragrafo 4 o il paragrafo 7, se ciò è necessario per garantire il soddisfacimento del fabbisogno energetico vitale o per adempiere agli obblighi derivanti dalle misure di solidarietà ai sensi del paragrafo 2a. La frase 1 si applica anche se i beni sono destinati a scopi non energetici. In caso di espropriazione ai sensi della frase 1, deve essere corrisposta un'indennità in denaro.

(2) L'indennità è concessa per gli svantaggi patrimoniali derivanti direttamente dall'espropriazione.

(3) I vantaggi patrimoniali che l'espropriato ha ottenuto in seguito all'espropriazione saranno considerati a riduzione dell'importo dell'indennità. Qualora si constati un concorso di colpa dell'espropriato nel prodursi dello svantaggio patrimoniale, si applica, *mutatis mutandis*, il paragrafo 254 del Codice civile tedesco.

(4) Per il calcolo dell'indennità in caso di espropriazione di un bene ai sensi del paragrafo 1, sono determinanti i costi di acquisto o di produzione dell'espropriato al momento dell'acquisto o della produzione del bene espropriato più i costi di finanziamento. Se il bene ai sensi della frase 1 è stato espropriato da un portafoglio che è stato acquisito attraverso diverse operazioni di acquisto indissolubilmente collegate o combinate, si utilizzerà come parametro di riferimento il costo medio di acquisto ponderato per la quantità. In deroga alla frase 1, è determinante il valore commerciale se, nonostante il prevalente interesse pubblico a garantire l'approvvigionamento energetico ai sensi del paragrafo 1 o ad adempiere agli obblighi di misure di solidarietà ai sensi del paragrafo 2a, ciò sia necessario nel singolo caso tenendo conto degli interessi reciproci, questo caso può verificarsi se l'acquisto o la produzione ai sensi della frase 1 sono avvenuti in un momento talmente distante nel tempo da rendere, nel singolo caso, iniqua l'applicazione del criterio di calcolo ai sensi della frase 1. In caso di espropriazione di mezzi di produzione dell'economia industriale ai sensi del paragrafo 1, per il calcolo dell'indennità è determinante il loro valore commerciale. Qualora sia necessaria la collaborazione dell'espropriato per determinare il calcolo dell'indennità ai sensi delle frasi da 1 a 4, quest'ultimo è tenuto a intraprendere le azioni necessarie.

(5) L'indennità è a carico del soggetto che beneficia del decreto o del provvedimento ai sensi del paragrafo 1, frase 1. Qualora non vi sia un soggetto beneficiario dell'espropriazione, lo Stato federale deve provvedere al pagamento dell'indennità, se l'espropriazione è avvenuta a seguito di un decreto emanato ai sensi di questa Legge o a un provvedimento di un ente federale; nei restanti casi la corresponsione dell'indennità è a carico del Land che ha adottato il provvedimento. Qualora sia impossibile ottenere l'indennità da parte del soggetto beneficiario dell'espropriazione, risponde, ai sensi della seconda frase, lo Stato federale o il Land; nel caso in cui lo Stato federale o il Land corrisponda l'indennità all'espropriato, il suo diritto nei confronti del soggetto beneficiario dell'espropriazione passa allo Stato federale o al Land. Tale passaggio non può essere fatto valere a svantaggio dell'espropriato.

(6) Qualora l'espropriazione avvenga tramite un decreto emanato ai sensi di questa Legge o tramite un provvedimento di un ente federale, l'indennità di espropriazione viene determinata da tale ente. Nei restanti casi, l'indennità viene calcolata dalle autorità di cui al paragrafo 4, comma 5.

(7) Il Governo federale è autorizzato, tramite decreto con assenso del Bundesrat, a emanare disposizioni sulla prescrizione dei diritti di cui al comma 1, sulla procedura di determinazione dell'indennità nonché sulla competenza e il procedimento dei giudici in base ai criteri di cui ai paragrafi 34, da 49 a 63 e 65 della Legge federale sulla requisizione di beni e servizi. In tal caso, le autorità di cui al comma 6 subentrano agli enti richiedenti.

§ 11a Indennità per l'espropriazione di volumi di gas stoccato

(1) Deve essere corrisposta un'indennità in denaro per l'espropriazione di gas stoccato negli impianti di stoccaggio sulla base di un decreto emanato ai sensi del Capitolo 1 della presente Legge o di un provvedimento basato su un decreto emanato ai sensi del Capitolo 1 della presente Legge.

(2) Ha diritto all'indennità l'utente dell'impianto di stoccaggio dal quale viene prelevato il volume di gas stoccato.

(3) L'indennità è a carico dello Stato federale.

(4) Il parametro di riferimento per il calcolo dell'indennità è il prezzo medio di acquisto ponderato per il volume pagato dall'utente dell'impianto di stoccaggio per il gas stoccato, più i costi di finanziamento e di stoccaggio. In deroga alla frase 1, l'espropriato avrà diritto a un'indennità pari ai costi di sostituzione effettivi, qualora possa dimostrare di aver consegnato i volumi sostitutivi per adempiere ad obblighi di fornitura esistenti.

(5) Qualora si constati un concorso di colpa dell'espropriato nel prodursi dello svantaggio patrimoniale, si applica, mutatis mutandis, il paragrafo 254 del Codice civile tedesco.

(6) L'espropriato deve presentare all'autorità competente le prove necessarie per il calcolo dell'indennità in conformità con il comma 4. L'operatore dell'impianto di stoccaggio del gas è tenuto a collaborare. L'autorità competente può specificare il contenuto e il formato delle prove richieste. L'autorità competente deve determinare l'indennità entro 21 giorni dal ricevimento delle prove complete. Inoltre, trovano applicazione il paragrafo 11 comma 4 e le disposizioni del Regolamento sulla procedura per la determinazione delle indennità e della compensazione per oneri indebiti ai sensi della Legge sulla sicurezza energetica del 16 settembre 1974 (Gazzetta ufficiale federale I pag. 2330), modificato dall'articolo 24 della Legge del 18 febbraio 1986 (Gazzetta ufficiale federale I pag. 265), e successive modifiche, ad eccezione dei paragrafi 3 e 4, comma 1 e del paragrafo 5 del Regolamento sulla procedura di determinazione delle indennità e della compensazione per oneri indebiti ai sensi della Legge sulla sicurezza energetica.

§ 12 Compensazione per oneri indebiti

(1) Qualora tramite un decreto o un provvedimento ai sensi del paragrafo 11, comma 1, frase 1, l'interessato subisca uno svantaggio patrimoniale, non compensabile ai sensi del paragrafo 11, va corrisposta una compensazione in denaro, nel caso in cui la sua sopravvivenza economica sia a rischio o sia andata distrutta a causa di danni inevitabili oppure si renda necessario una compensazione per evitare o compensare oneri indebiti analoghi.

(2) La compensazione ai sensi del paragrafo 1 è normalmente necessario per i provvedimenti basati su un decreto emesso ai sensi del paragrafo 2a comma 1.

(3) Lo Stato federale è tenuto a corrispondere la compensazione se lo svantaggio patrimoniale è stato causato da un decreto emanato ai sensi di questa Legge o da un provvedimento di un ente federale; nei restanti casi la compensazione va corrisposto dal Land che ha adottato il provvedimento.

(4) Il paragrafo 11 commi 3, 6 e 7 si applica di conseguenza. [...]

Allegato 2

dell'Accordo

tra

il Governo della Repubblica Federale di Germania

e

il Governo della Repubblica Italiana

concernente

misure di solidarietà volte a garantire la sicurezza dell'approvvigionamento di gas

Estratto del Testo Integrato Del Bilanciamento (TIB), datato 18.02.2020, Allegato A, Articolo 5, pubblicato sul sito web dell'Autorità di Regolazione per Energia, Reti e Ambiente (ARERA), <https://www.arera.it/allegati/docs/16/312-16tib.pdf>:

[...] Articolo 5 Prezzo di sbilanciamento

5.1 Ai fini della determinazione dei prezzi di sbilanciamento di cui all'Articolo 22, comma 2, del Regolamento (UE) 312/2014:

- a) il valore del piccolo aggiustamento è posto pari a 0,108 €/ MWh;
- b) il prezzo medio ponderato è posto pari al System Average Price (SAP) ovvero alla media del SAP dei trenta giorni precedenti nei casi in cui, relativamente ad un giorno gas le offerte accettate, presso la piattaforma di scambio, relative a prodotti title siano risultate inferiori a 2000 MWh;
- c) il prezzo di cui all'Articolo 22, comma 2, lettera a), sub i), del Regolamento è pari al Transmission System Operator Price-sell (TSOPs) (il prezzo più basso di tutte le vendite di prodotti title in cui il gestore del sistema di trasporto è coinvolto per il giorno gas);
- d) il prezzo di cui all'Articolo 22, comma 2, lettera b), sub i), del Regolamento è pari al Transmission System Operator Price-sell (TSOPb) (il prezzo più elevato di tutti gli acquisti di prodotti title in cui il gestore del sistema di trasporto è coinvolto per il giorno gas);

5.2 L'Autorità definisce, su proposta del responsabile del bilanciamento, i casi e le condizioni in cui l'approvvigionamento di prodotti locational per i fini di cui al comma 2.3 lettera e), sub (ii), non è considerato ai fini della definizione di TSOPs, TSOPb, SAP in quanto tale approvvigionamento non è risultato necessario.

5.3 Nel caso in cui in un giorno gas il responsabile del bilanciamento abbia attivato la riduzione delle immissioni di gas in rete prevista dal proprio codice di rete nei casi di emergenza per eccesso di gas in luogo del prezzo marginale di vendita di cui all'Articolo 22, comma 1, del Regolamento si applica un prezzo pari a 0 (zero).

5.4 Nel caso in cui in un giorno gas, ai fini del mantenimento dell'equilibrio della rete di trasporto siano risultate necessarie le misure non di mercato di cui al Piano di emergenza, in luogo del prezzo marginale di acquisto di cui all'Articolo 22, comma 1, del Regolamento si applica ove superiore, il maggiore fra i prezzi di attivazione di ciascuna misura risultata necessaria definiti dall'Autorità.